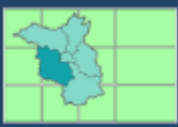


# **Herausforderungen und Chancen für die beschleunigte Windenergieplanung nach der geänderten Rechtslage aus regionaler Perspektive**



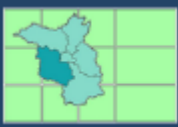
## Die Planungsregionen Brandenburgs

Land Brandenburg  
Regionen im Überblick



LBV, Raumbeschreibung | 2011  
Kartenwerk: LGB Brandenburg

[gl.berlin-brandenburg.de/regionalplanung/regionen/](http://gl.berlin-brandenburg.de/regionalplanung/regionen/)



## Die Region Havelland-Fläming



**Fläche:** 6.800 km<sup>2</sup>

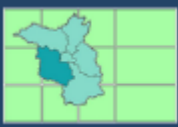
**Einwohner:** 1990 685.200  
2016 780.137  
2021 813.587

**3 Landkreise:**

Havelland  
Potsdam-Mittelmark  
Teltow-Fläming

**2 Städte:**

Potsdam  
Brandenburg an der Havel



## Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming

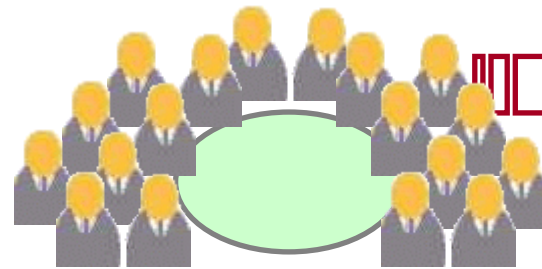
**Regionale Planungsgemeinschaft  
Havelland-Fläming**

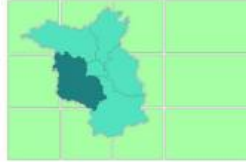
**Regionalversammlung  
60 Mitglieder**

Hauptverwaltungsbeamte(-innen)  
Der Landkreise und kreisfreien Städte (5)  
der Städte, Gemeinden und Ämter mit  
mindestens 5.000 Einwohnern (38)  
Vertreter der Kreistage und  
Stadtverordnetenversammlungen (17)

**Vorstand  
Vorsitzender Landrat Marko Köhler**

**Regionale Planungsstelle  
7 Mitarbeiter(-innen)**





Regionale Planungsgemeinschaft  
Havelland-Fläming

## Regionalplan Havelland-Fläming 2020

Fassung vom 16.12.2014



### seit 2019 unwirksam

- Gegenwärtig keine Regelungen zur Windenergienutzung auf der Ebene der Regionalplanung
- „Windkraftmoratorium“ im November 2022 beendet
- Regionalplan 3.0 seit März 2022 im Beteiligungsverfahren



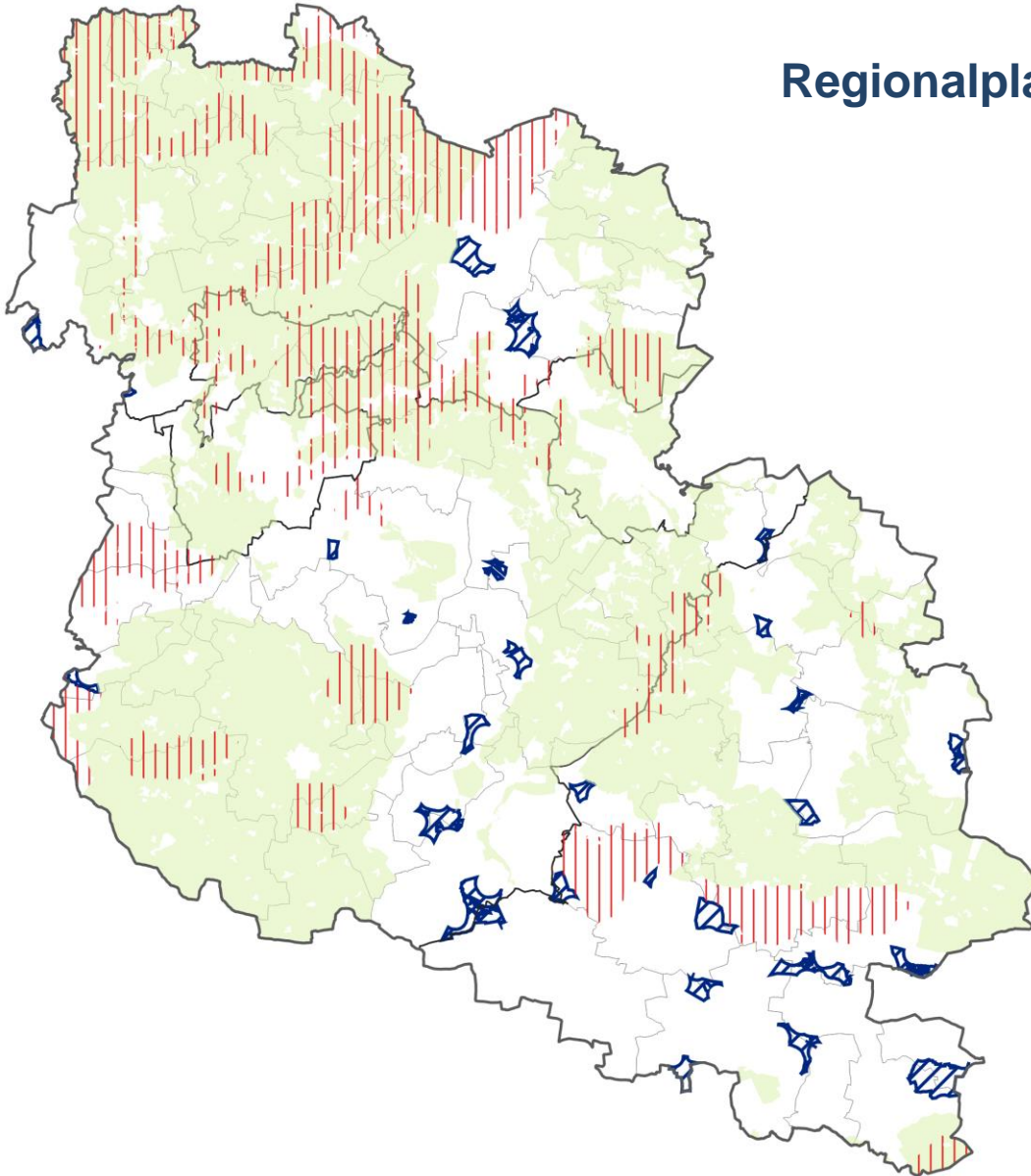
## Regionalplan 3.0 (Entwurf vom 5. Oktober 2022)

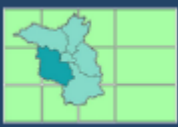
**27 Windeignungsgebiete**

**11.230 Hektar**

**1,64 Prozent der Regionsfläche**

-  Landschaftsschutzgebiete
-  Special Protection Area (SPA)





## Brandenburgisches Flächenzielgesetz (BbgFzG)

### Gesetz zur Umsetzung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes vom 2. März 2023

#### Artikel 1

#### Gesetz zur Festlegung regionaler Teilflächenziele

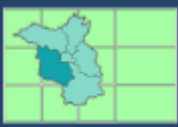
Zum Erreichen der Flächenbeitragswerte für das Land Brandenburg nach Anlage 1 Spalte 1 und Spalte 2 zu § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1353) sind in jeder der in § 3 Absatz 2 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung bestimmten Regionen bis zum **31. Dezember 2027 mindestens 1,8 Prozent** der Regionsfläche und bis zum **31. Dezember 2032 mindestens 2,2 Prozent** der Regionsfläche für die Windenergienutzung auszuweisen (**regionale Teilflächenziele**). Die Regionalen Planungsgemeinschaften sind verpflichtet, mindestens die zum Erreichen der regionalen Teilflächenziele notwendigen Flächen, spätestens bis zu den in Satz 1 genannten Stichtagen in ihren Regionalplänen wirksam festzulegen.



## Aufstellung eines sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung

- Aufstellungsbeschluss vom 17.11.2022
- Maßgeblicher Flächenbeitragswert zum Stichtag 31.12.2027
- Siedlungsabstand von 1.100 Metern wird beibehalten
- Bestandgebiete sind für die Erreichung des Flächenbeitragswerts vorrangig zu berücksichtigen





## Sachlicher Teilregionalplan „Windenergienutzung“

Der Teilplan muss bis zum 31. Dezember 2027 in Kraft treten und mindestens 1,8 % Flächenanteil als Vorranggebiet für die Windenergienutzung festlegen.

	Anteil Regionsfläche [%]	Fläche [ha]
Eignungsgebiete für die Windenergienutzung (Stand Entwurf vom 05.10.2021)	1,64	11.227
Flächenbeitragswert zum Stichtag 31.12.2027	1,80	12.312

Unter der Annahme, dass die bisher im Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 dargestellten Eignungsgebiete für die Windenergienutzung in gleichem Umfang beibehalten werden können, beträgt der:

zusätzliche Flächenbedarf zur Erreichung des Flächenbeitragswerts	1.085 ha
---	----------



## Anforderungen an das Planungskonzept

Durch die Integration der gesetzlichen Mengenvorgaben für die Flächenausweisung in das Planungsrecht nach dem Baugesetzbuch (BauGB) wird zudem das Ziel verfolgt, die Planung zu vereinfachen. Die gesetzgeberischen Mengenvorgaben ersetzen die komplexen methodischen Anforderungen an die planerische Ausweisung von Windenergiegebieten mit Konzentrationswirkung, die von der Rechtsprechung mit Blick auf das sogenannte „Substanzgebot“ entwickelt wurden.

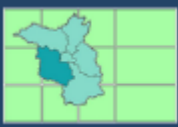
Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land, Deutscher Bundestag Drucksache 20/2355, Seite 17



## Anforderungen an das Planungskonzept

(§ 249) Absatz 6 (BauGB) enthält eine ergänzende Regelung zur Planerhaltung. Sie soll sicherstellen, dass im Rahmen einer gerichtlichen Überprüfung nach der Umstellung auf eine **Positivplanung** bei Windenergiegebieten keine unangemessen hohen Anforderungen im Hinblick auf eine vergleichende Betrachtung zur Eignung sonstiger Flächen im Planungsraum gestellt werden. Für die Rechtswirksamkeit des Planes soll es ausreichen, dass die diesbezüglich gewählte planerische Methodik sowie das Ergebnis nachvollziehbar sind. Eine bestimmte Planungsmethodik, etwa in Form bestimmter Planungsschritte einer vergleichenden Betrachtung, kann nicht verlangt werden.

Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land, Deutscher Bundestag Drucksache 20/2355, Seite 34



## Die veränderte Rechtslage (§ 249 BauGB)

bis zum 1. Februar 2023

nach dem 1. Februar 2023

Privilegierung **mit** Planvorbehalt  
( § 35 Abs. 1 Nummer 5 i. V. m. § 35 Abs. 3  
Satz 3 BauGB)

Privilegierung **ohne** Planvorbehalt  
( § 35 Abs. 1 Nummer 5 i. V. m. § 249 Absatz  
1 BauGB neu)

Regionalplan **mit**  
Ausschlusswirkung im übrigen Regionsgebiet  
(**Eignungsgebiete** § 7 Absatz 3 Nummer 3 ROG)

Regionalplanung **ohne**  
Ausschlusswirkung im übrigen Regionsgebiet  
(**Vorranggebiete** § 7 Absatz 3 Nummer 1 ROG)

innerhalb der  
Eignungsgebiete  
zulässig nach § 35  
Absatz 1 BauGB

außerhalb der  
Eignungsgebiete  
unzulässig nach § 35  
Absatz 3 Satz 3  
BauGB i. V. m. § 7  
Absatz 3 Nummer 3  
ROG

innerhalb der  
Vorranggebiete  
zulässig nach § 35  
Absatz 1 BauGB

außerhalb der  
Vorranggebiet  
„zulässig“ nach § 35  
Absatz 2 BauGB



## Die veränderte Rechtslage (§ 26 Absatz 3 BNatSchG)

Der neu eingeführte § 26 Absatz 3 soll zu einer größeren Flächenverfügbarkeit für den Ausbau von Windenergie an Land führen. **Landschaftsschutzgebiete sollen bei der Planung vollumfänglich betrachtet und Gebiete für Windenergie dort ausgewiesen werden können.** Innerhalb von Landschaftsschutzgebieten sollen die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen zugelassen werden können, wenn sich der betreffende Standort in einem Gebiet befindet, das nach § 2 Nummer 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes für die Windenergienutzung ausgewiesen ist. Dies gilt auch bei entgegenstehenden Bestimmungen der Erklärung zur Unterschutzstellung nach § 22. **Eine zusätzliche Ausnahme nach der Landschaftsschutzgebietsverordnung oder eine Befreiung nach § 67 ist nicht erforderlich.**

**Solange** ein Land bzw. ein regionaler oder kommunaler Planungsträger die von ihm zu erfüllenden **Flächenausweisungsziele** nach dem Windenergieflächenbedarfsgesetz **nicht erreicht**, sollen Windenergieanlagen innerhalb von Landschaftsschutzgebieten zudem auch außerhalb von planerisch für die Windenergie ausgewiesenen Gebieten zugelassen werden können.

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes , Deutscher Bundestag  
Drucksache 20/2354, Seite 24

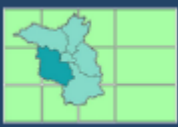


## Die **un**veränderte Rechtslage (§ 7 Absatz 2 Satz 1 ROG)

**„Bei der Aufstellung der Raumordnungspläne sind die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen.“**



**Entwurf des Erlasses zur Anwendung der §§ 45b bis 45d BNatSchG sowie  
Prüfung der Betroffenheit von Vögeln und Fledermäusen im Rahmen der  
artenschutzrechtlichen Prüfung in Genehmigungsverfahren von  
Windenergieanlagen vom 22.11.2022**

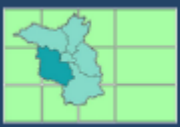


## Entwurf des Anwendungserlasses vom 22.11.2022

Kollisionsgefährdete Brutvogelarten „Bundesarten“ (Anlage 1)

Vogelart	Schutzbereich	Restriktionsbereich	Nahbereich	Zentraler Prüfbereich
Seeadler	<b>3.000</b>	3.000	500	<b>2.000</b>
Rotmilan	<b>1.000</b>		500	<b>1.200</b>
Fischadler	1.000	4.000	500	1.000
Uhu	1.000	3.000	500	1.000
Weißstorch	1.000	3.000	500	1 000
Rohrweihe	500		400	500
Wanderfalke	1.000		500	1.000
Wiesenweihe	1.000		400	500
<b>Wespenbussard</b>			<b>500</b>	<b>1.000</b>
<b>Baumfalke</b>			<b>350</b>	<b>450</b>
<b>Schwarzmilan</b>			<b>500</b>	<b>1.000</b>
<i>Schreiadler</i>				
<i>Kornweihe</i>				
<i>Sumpfohreule</i>				

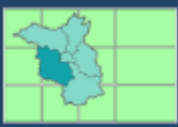




## Entwurf des Anwendungserlasses vom 22.11.2022

### „Landesarten“ (Anlage 2)

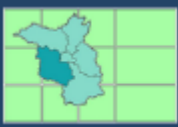
Vogelart	Schutzbereich	Restriktionsbereich	Nahbereich	Zentraler Prüfbereich
Schwarzstorch	3.000	6.000	1.500	3.000
Kranich	500			500
Rohrdommel, Zwergdommel	1.000		500 Revierzentrum	
Ziegenmelker				500 Revierzentrum
Wiesenweihe	1.000		<i>Freihalten der Brutgebiet</i>	



## Entwurf des Anwendungserlasses vom 22.11.2022

### Rast- und Überwinterungsgebiete störungsempfindlicher Vogelarten

Vogelart	Schutzbereich	Restriktionsbereich	Nahbereich	Zentraler Prüfbereich
Kranich	2.000 m / 500 Ind. 10.000m / 10.000 Ind.		2.000 m / 3.300 Ind. 10.000 m / 20.000 Ind.	
Nordische Gänse und Graugans	5.000 m / 5.000 Ind.	Sicherung Hauptflugkorridor zwischen Schlafplätzen und Äsungsflächen; Sicherung von Hauptäsungsflächen	2.000 m / 5.500 Ind. 5.000 m / 20.000 Ind.	3.000m um Rastgebietskulisse, die regelmäßig von mehr als 4.000 Ind. als Nahrungsfläche genutzt werden, sowie Flugkorridore zu diesen Nahrungsflächen
Sing- und Zwergschwan	5.000 m / 100 Ind.	Sicherung Hauptflugkorridor zwischen Schlafplätzen und Äsungsflächen; Sicherung von Hauptäsungsflächen	2.000 m / 350 Ind. essenzielle Nahrungsflächen	3.000 m um Rastgebietskulisse, die regelmäßig von mehr als 170 Tieren als Nahrungsfläche genutzt werden sowie Flugkorridore dahin
Wasservögel (Afrikanisch-Eurasische Wasservogelabkommen)			1.000 m / 1.500 rastende Vögeln	



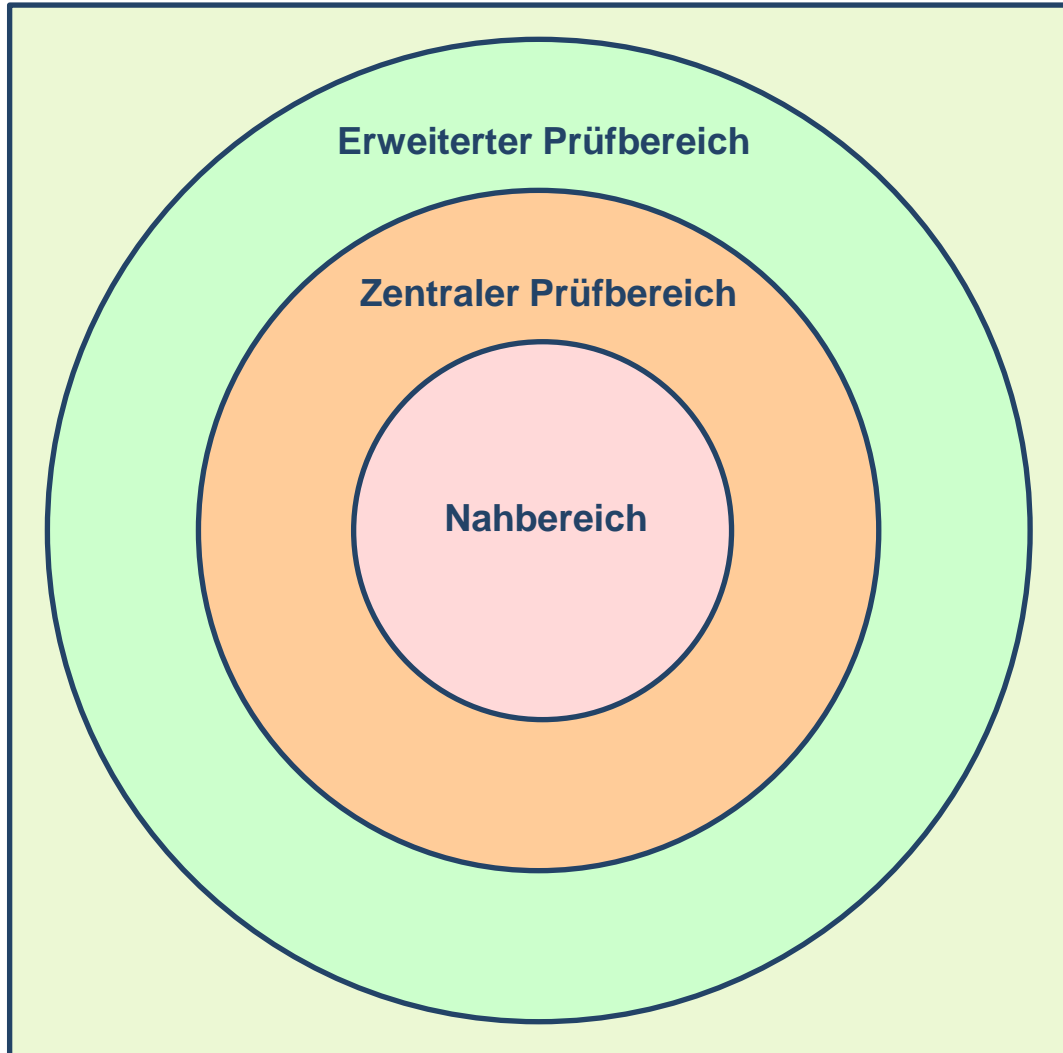
## Entwurf des Anwendungserlasses vom 22.11.2022

Rast- und Überwinterungsgebiete störungsempfindlicher Vogelarten

Vogelart	Schutzbereich	Restriktionsbereich	Nahbereich	Zentraler Prüfbereich
Großtrappe	3.000 m zu <b>Brutgebieten</b> ; Freihalten Wintereinstands- gebiete	3.000m zu Wintereinstands-, und Zwischenrastgebiete; Freihalten <b>Korridore</b>	regelmäßig genutzten <b>Brutgebiete</b> plus Mindestabstand von <b>3.000 m</b>  regelmäßig genutzte Einstandsgebiete  essenziellen <b>Wanderkorridore</b> zwischen den Brutgebieten	



## Berücksichtigung bei der Planerarbeitung



### Erweiterter Prüfbereich:

**Festlegung möglich**, solange die Nachweise nach Nummer 1 und Nummer 2 nicht von der zuständigen Naturschutzbehörde erbracht sind.

### Zentraler Prüfbereich:

**Keine Festlegung**, es sei denn, die zuständige Naturschutzbehörde stellt fest, dass Nachweise nach Nummer 1 oder Nummer 2 erbracht sind.

### Nahbereich:

**Keine Festlegung**, es sei denn, eine Ausnahme ist nach Einschätzung der zuständigen Naturschutzbehörde möglich.



## Berücksichtigung bei der Planerarbeitung

### § 45b Absatz 3 BNatSchG (zentraler Prüfbereich)

(...), so bestehen in der Regel Anhaltspunkte dafür, dass das **Tötungs- und Verletzungsrisiko** der den Brutplatz nutzenden Exemplare **signifikant erhöht ist**, soweit

1. eine signifikante Risikoerhöhung nicht auf der Grundlage einer **Habitatpotentialanalyse** oder einer auf Verlangen des Trägers des Vorhabens durchgeführten Raumnutzungsanalyse widerlegt werden kann oder
2. die signifikante Risikoerhöhung nicht durch fachlich **anerkannte Schutzmaßnahmen** hinreichend gemindert werden kann; werden entweder Antikollisionssysteme genutzt, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen angeordnet, attraktive Auswechnahrungshabitate angelegt oder phänologiebedingte Abschaltungen angeordnet, so ist für die betreffende Art in der Regel davon auszugehen, dass die Risikoerhöhung hinreichend gemindert wird.



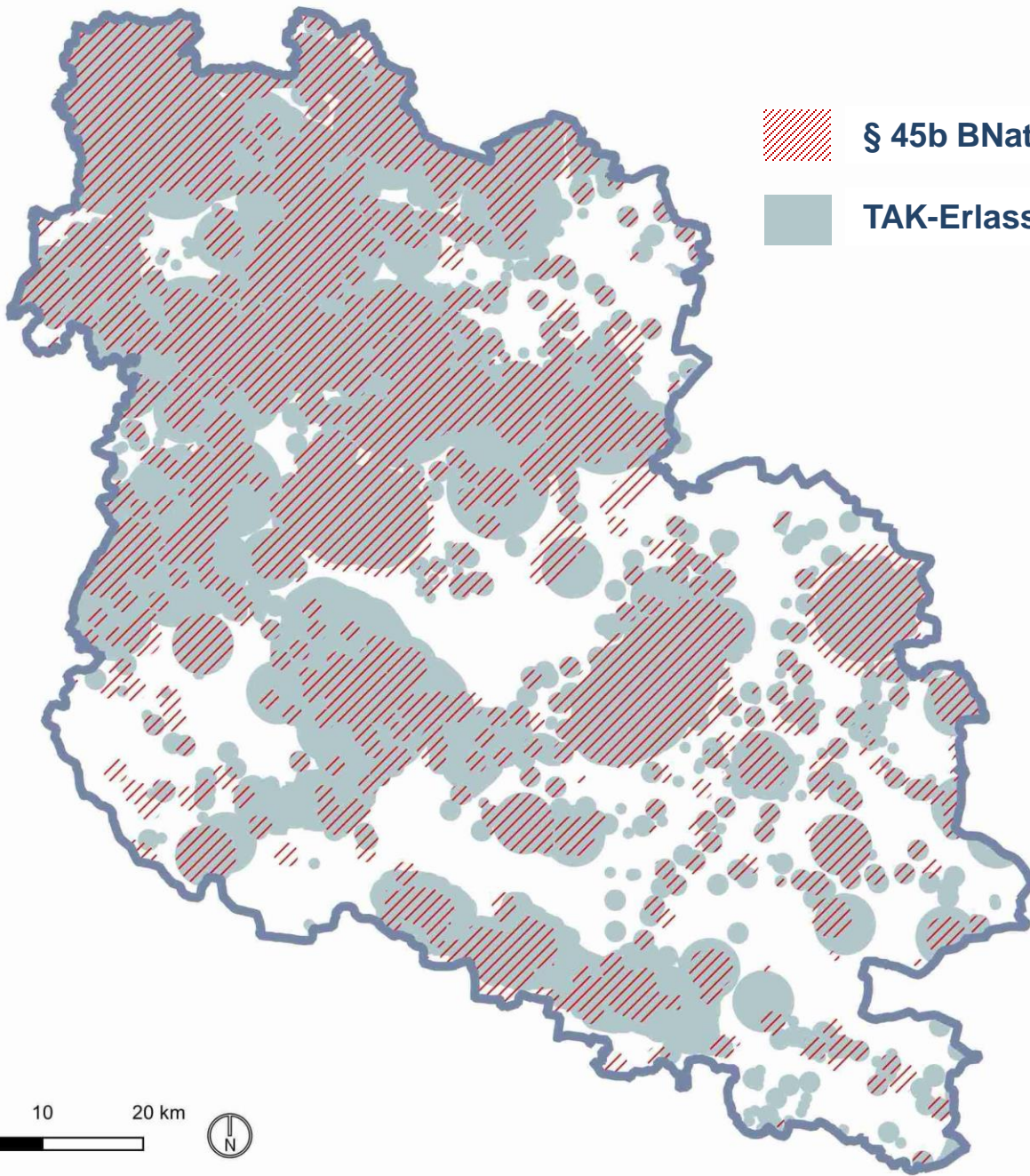
## Berücksichtigung bei der Planerarbeitung

### Brandenburger Anwendungserlass (Entwurf vom 21.11.2022)

„Da **Raumnutzungsanalysen** aufgrund der Untersuchungstiefe **sehr zeit- und kostenintensiv** sind und nach § 45b Abs. 3 Nr. 1 BNatSchG nur noch auf Verlangen des Trägers des Vorhabens, hingegen nicht mehr von der Behörde verlangt werden dürfen, ist deren **Anwendung auf Einzelfälle beschränkt.**“

In Bezug auf die anerkannten Schutzmaßnahmen:

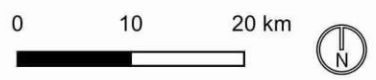
„**Lediglich bei Vorliegen besonderer Umstände kann im Einzelfall von einer Widerlegung der Regelvermutung ausgegangen werden.** Eine Senkung des Risikos unter die Signifikanzschwelle kann in diesen Fällen unter Umständen durch Anordnung ergänzender Schutzmaßnahmen erfolgen.“

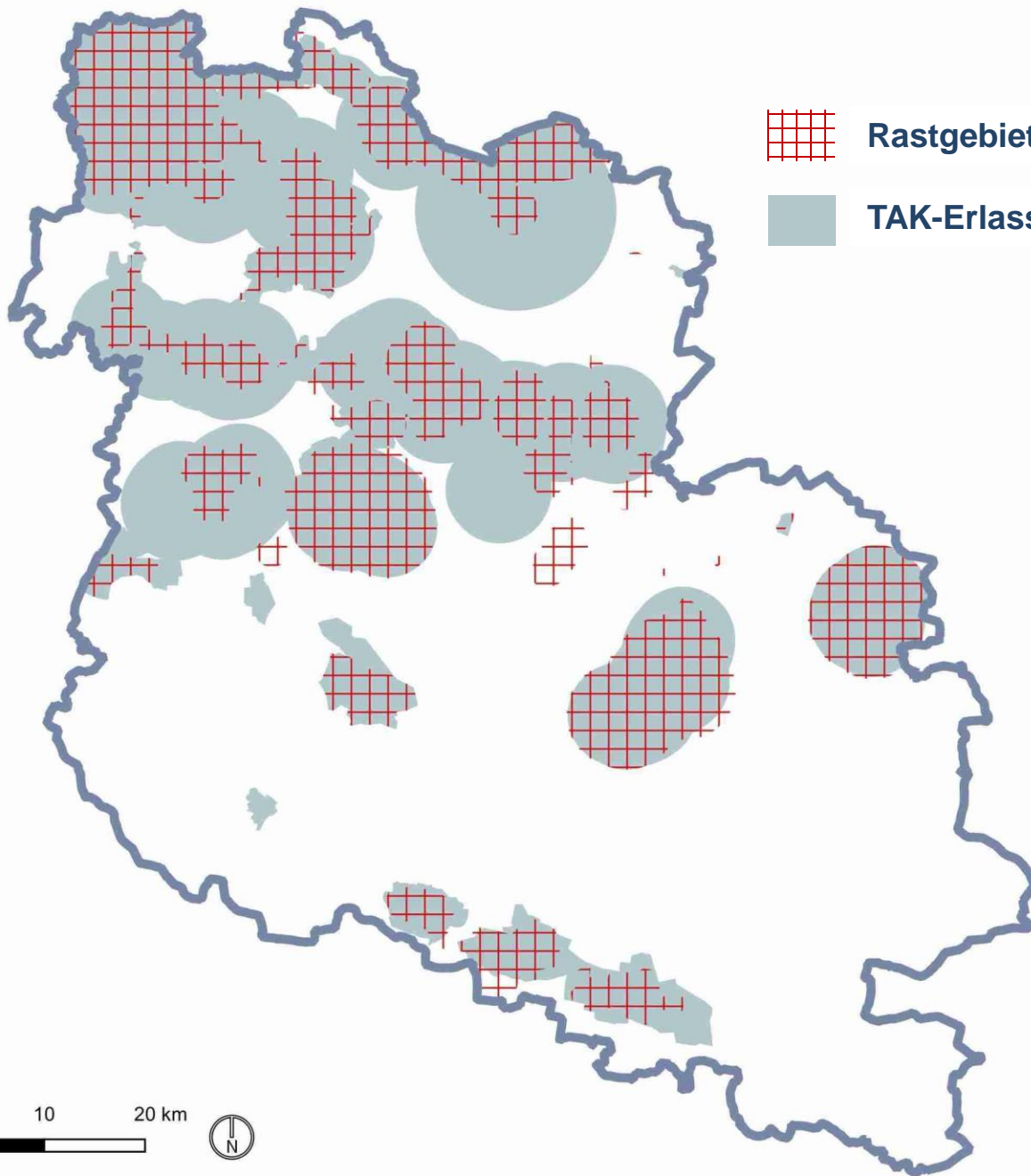


§ 45b BNatSchG plus Landesarten



TAK-Erlass vom 01.01.2011





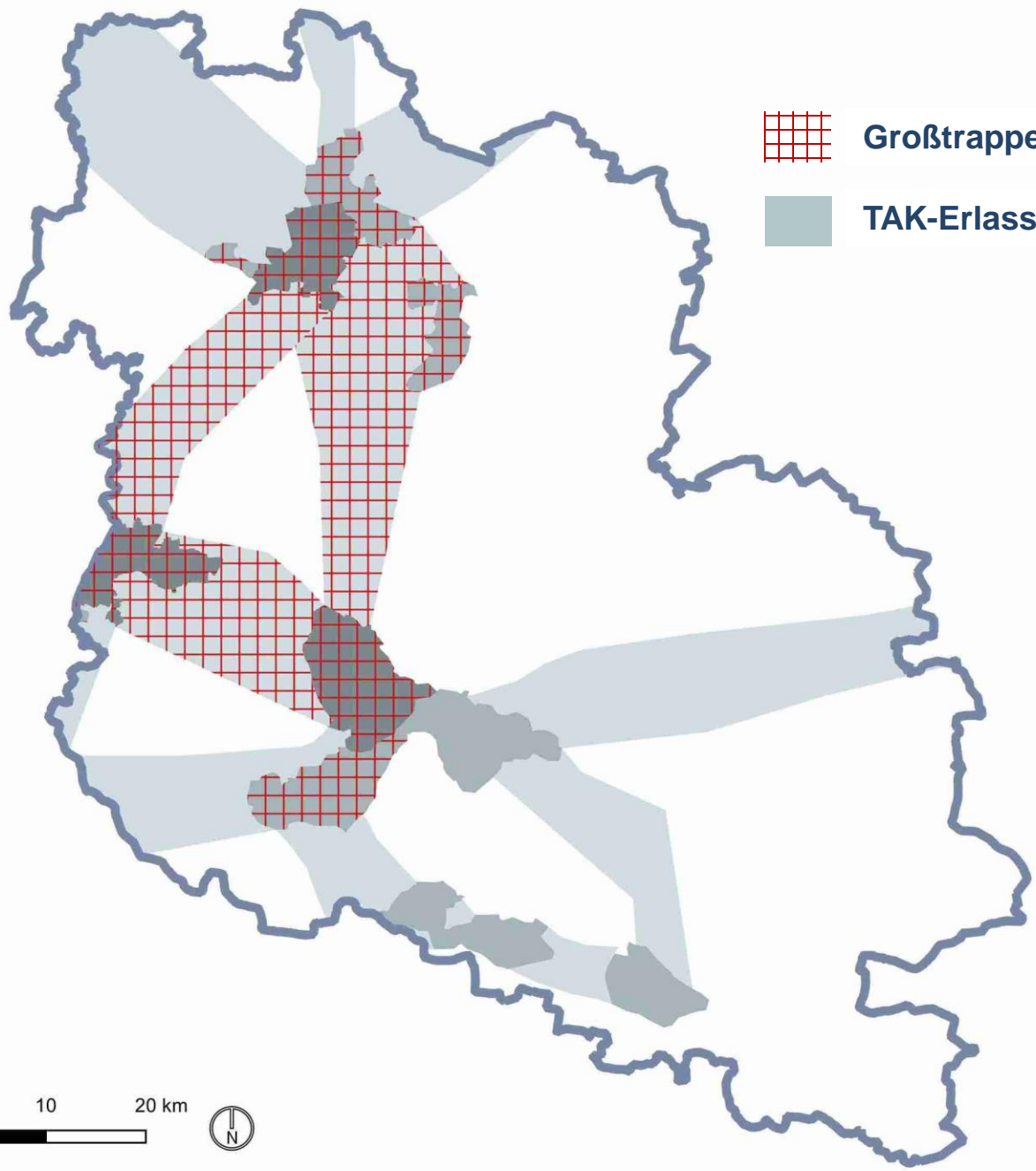
 Rastgebietskulisse 2022

 TAK-Erlass vom 01.01.2011

0 10 20 km





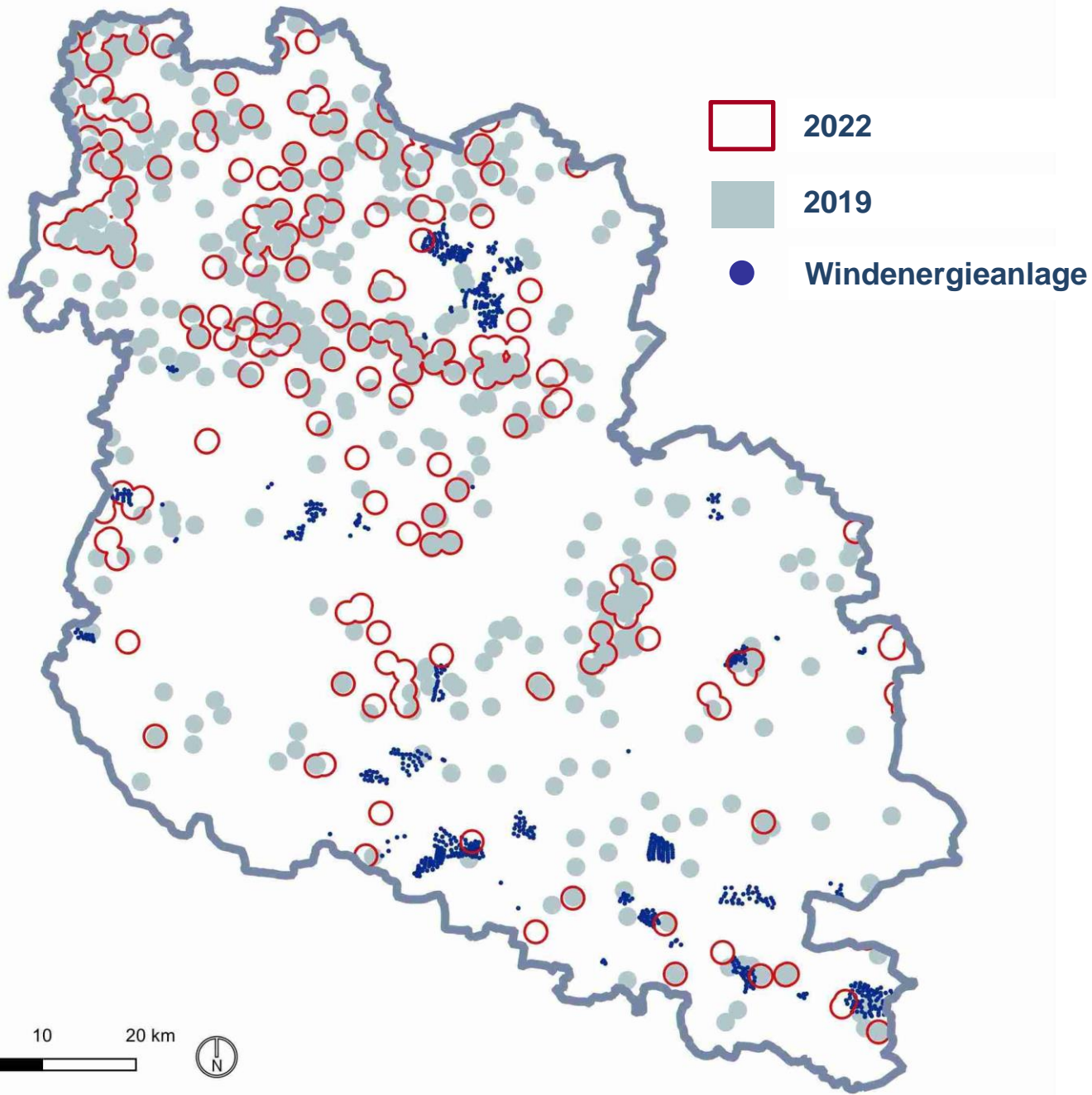


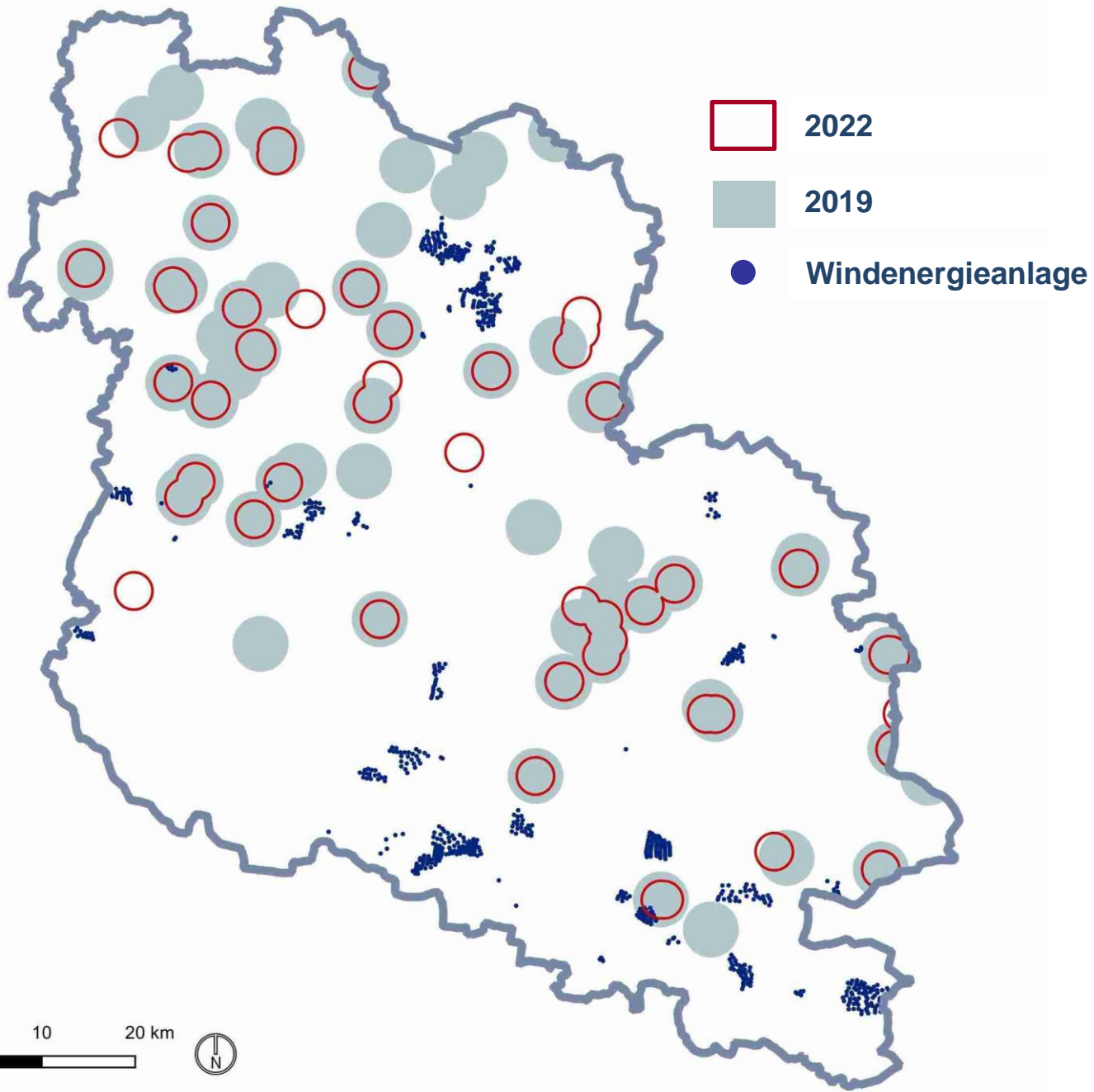
**Großtrappe 2022**

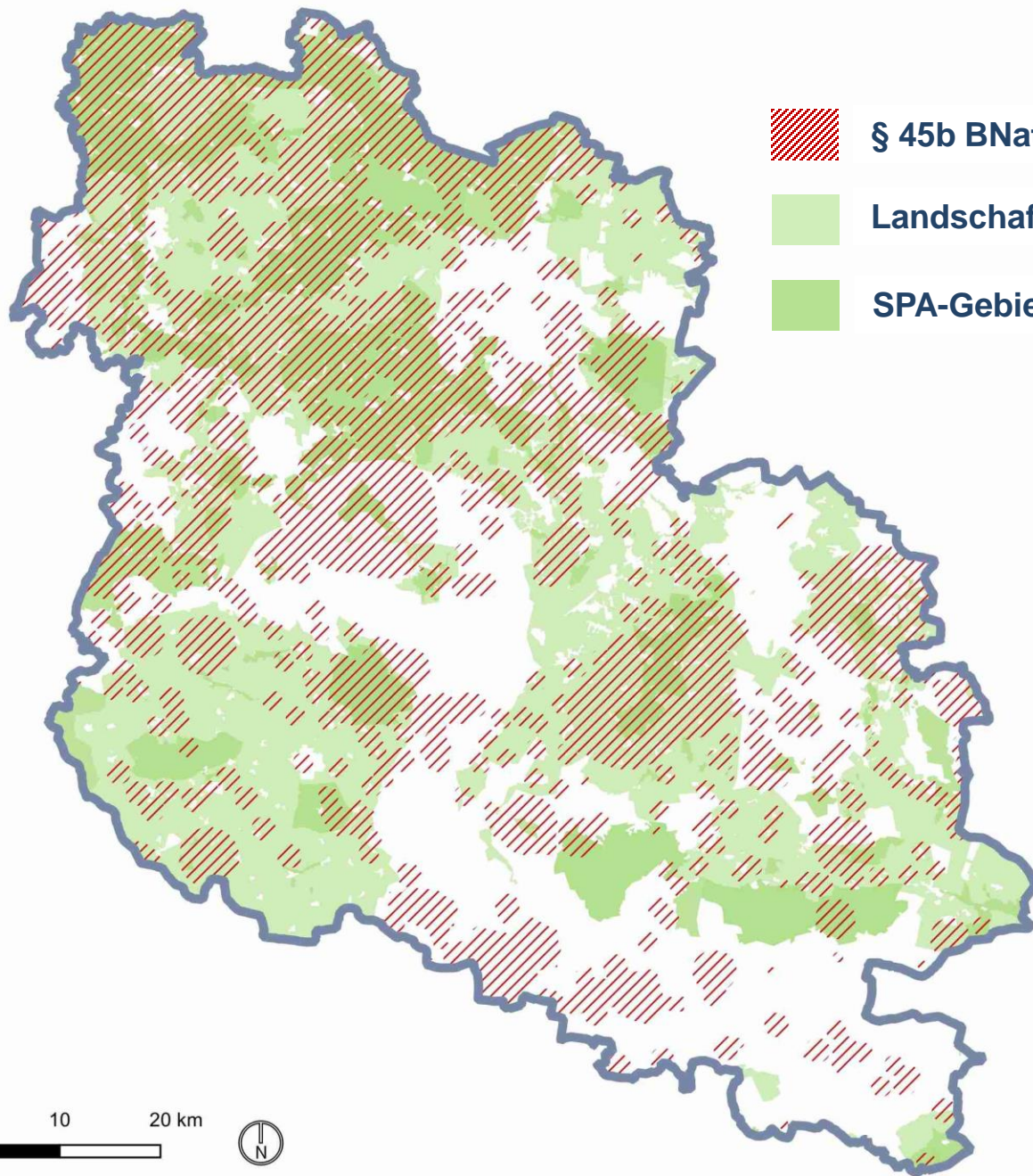


**TAK-Erlass vom 01.01.2011**









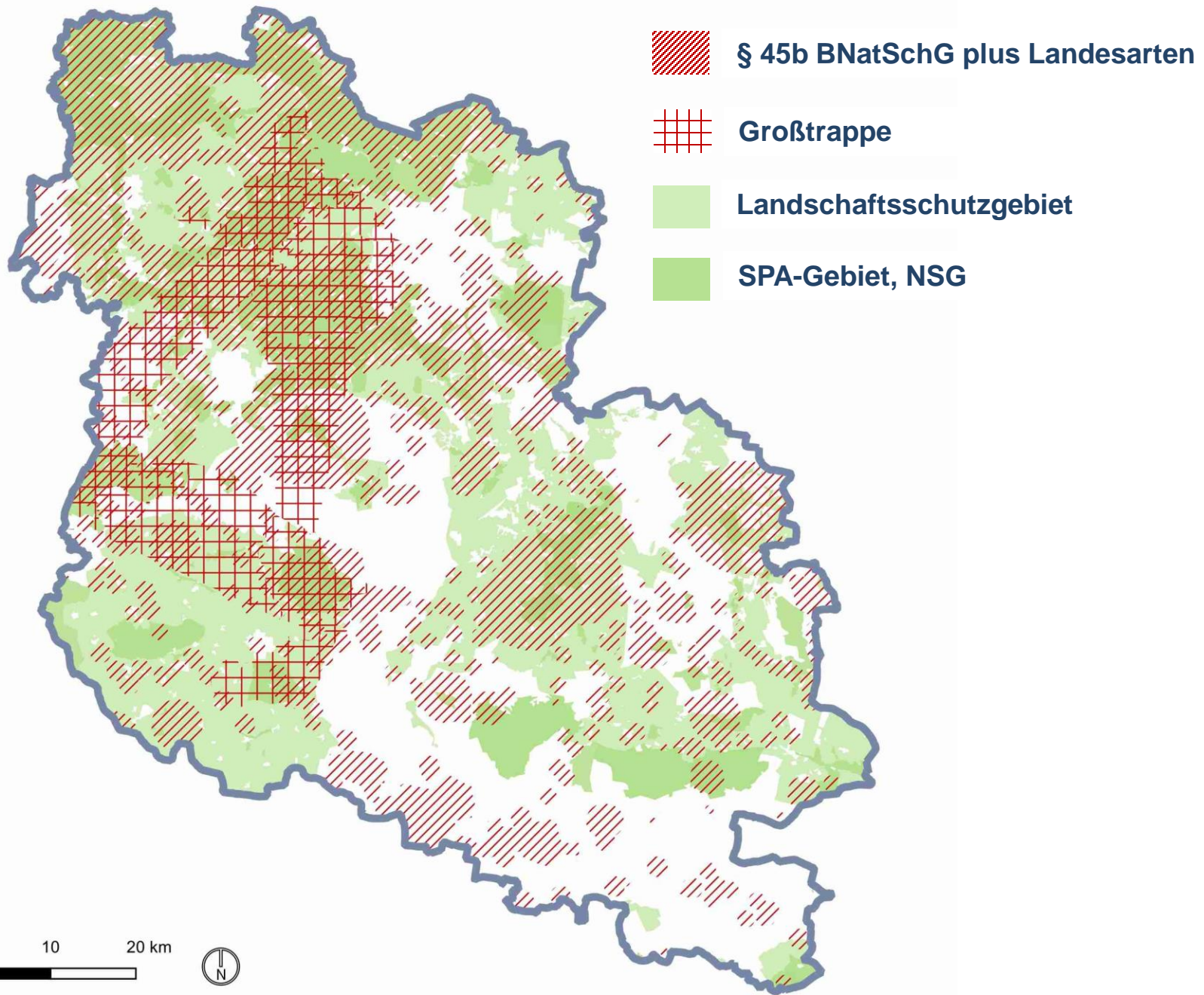
 § 45b BNatSchG plus Landesarten

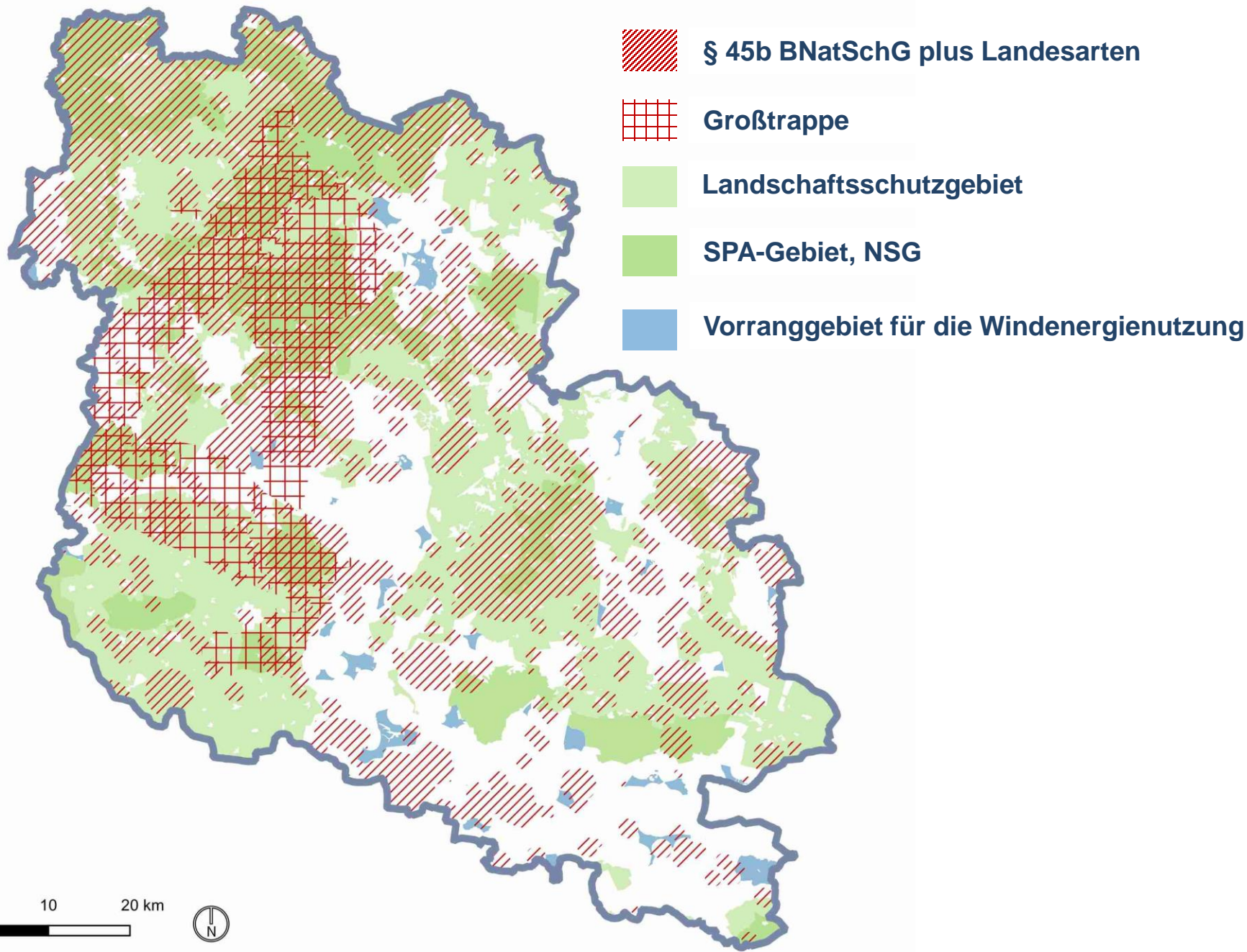
 Landschaftsschutzgebiet

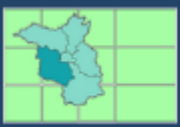
 SPA-Gebiet, NSG

0 10 20 km





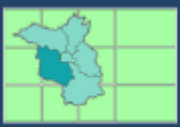




## Ergebnis

	Fläche in Hektar					%
	VRW	WEG	Differenz	§§ 45b/44 BNatSchG	Unbebaut	
<b>Summe VRW</b>	<b>12.580</b>	<b>11.227</b>	<b>1.353</b>	<b>1.252</b>	<b>2.927</b>	<b>23</b>

Anteil VRW an der Regionsfläche	1,84 %
Zielerreichung Fläche (Überschuss) [ha]	266 ha



Lutz Klauber

Regionale Planungsstelle  
Havelland-Fläming  
Oderstraße 65  
14513 Teltow

Tel.: 03328 3354-10  
[lutz.klauber@havelland-flaeming.de](mailto:lutz.klauber@havelland-flaeming.de)  
[www.havelland-flaeming.de](http://www.havelland-flaeming.de)